



## Anfrage

Öffentlich

Datum

13.05.2014

Nummer

2948/14

Absender

CDU - Fraktion  
Platz der Deutschen Einheit 1  
38100 Braunschweig

Adressat

Oberbürgermeister Dr. Hoffmann  
Platz der Deutschen Einheit 1  
38100 Braunschweig

Gremium

Rat

Sitzungstermin

27.05.2014

Betreff / Beschlussvorschlag

Kontrolle des Fahrradverkehrs

In der Braunschweiger Zeitung vom 3. Mai 2014 wird unter der Überschrift „Polizei will keine Fahrradstaffel einführen“ dargestellt, dass die nachvollziehbare und zu unterstützende Forderung des ADFC nach zusätzlichen Polizeibeamten auf Fahrrädern in Braunschweig von der Polizeidirektion abgelehnt wird.

Der ADFC nennt als nachahmenswertes Beispiel die Stadt Münster und sagt: „In Münster gehört die Fahrradstaffel der Polizei zum Alltag und ist ein klares Erfolgsmodell.“

Die Polizei in Braunschweig räumt ein, dass sowohl die Unfallstatistik als auch die Kontrollstatistik (in 2012 hielten sich bei 7800 Kontrollen 2300, also fast jeder dritte Radler, nicht an die Vorschriften) mehr gezielte und regelmäßige Kontrollen notwendig machen. Die Polizei hat zwar ein paar Polizeifahräder „aber wir verfügen einfach nicht über genügend Personal, um diese regelmäßig einzusetzen“. Die Reaktionen seitens der Braunschweiger Bevölkerung (in zahlreichen Leserbriefen, im Internet und in persönlichen Gesprächen) unterstreichen jedoch, dass Handlungsbedarf besteht.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Verwaltung:

1. Teilt die Verwaltung die Forderungen des ADFC nach mehr Kontrollen von Fahrradfahrern und der Einführung einer Fahrradstaffel bei der Braunschweiger Polizei?
2. Welche Möglichkeiten gibt es, den Zentralen Ordnungsdienst (ZOD) derzeit verstärkt mit den unbestritten notwendigen Kontrollaufgaben im Radverkehr zu betrauen?
3. Welche personellen und materiellen Maßnahmen sind erforderlich, um beim ZOD zukünftig eine "Fahrradkontrollgruppe" einzurichten?

Klaus Wendroth  
Fraktionsvorsitzender